

«Im Baselbiet beachtliche Fortschritte erzielt»

Baselbiet | Leiterin Sabine Kubli verlässt heute die Fachstelle zur Gleichstellung von Mann und Frau

Fast 20 Jahre lang hat Sabine Kubli die kantonale Fachstelle zur Gleichstellung von Frau und Mann geleitet, die sie heute verlässt. Im Interview spricht sie über Erreichtes und über bestehende Missstände im unterschiedlichen Umgang mit den Geschlechtern.

Jürg Gohl

In den vergangenen 20 Jahren leitete sie die kantonale Gleichstellungsfachstelle, heute arbeitet Sabine Kubli letztmals dort. Ein Gespräch zwischen Dauerkritik und Versöhnung.

«Volksstimme»: Frau Kubli, Sie verlassen die Fachstelle für Gleichstellung. Frauen können sich früher als Männer pensionieren lassen. Ist das Gleichstellung?

Sabine Kubli: Ich habe nach wie vor grosse Lust weiterzuarbeiten, und das werde ich auch mit Beratung und eigenen literatur- und kulturgeschichtlichen Projekten tun.

Es geht darum, dass Frauen ein Jahr früher als Männer in Rente gehen können.

Das ist beim Kanton nicht mehr der Fall. Ob die unterschiedlichen Grenzen gerecht sind, kann ich mit Ja und mit Nein beantworten. Mit Blick auf die formale Gleichstellung ist das gleiche Rentenalter absolut richtig. Fragen Sie aber nach den tatsächlichen Lebenslagen und Geschlechterverhältnissen, dann hat die Differenz ihren Sinn. Entscheidend ist doch: Wie kann man sich eine gute, ausreichende AHV und Pension aufbauen, wenn nicht über eine lebenslange Erwerbsarbeit? In der Erwerbsarbeit kommen aber alle geschlechtsspezifischen Ungleichheiten zum Tragen.

Welche meinen Sie?

Etwa Berufswahlfragen und Branchenunterschiede, Lohnungleichheiten schon beim Berufseinstieg und berufliche Stellung, Vollzeit- und Teilzeitpensen, geschlechtertypische Lebensentwürfe, schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das summiert sich und führt dazu, dass Frauen nur über die Hälfte der Pensionskassen-Rente der Männer verfügen.

Neben der Lohnungleichheit als Dauerbrenner wird oft thematisiert, dass Frauen in Kaderfunktionen untervertreten sind. Sind das die wichtigsten Differenzen?

Unser Verfassungsauftrag umfasst weit mehr als das Erwerbsleben, nämlich alle Lebensbereiche. Von den genannten Themen spricht man wohl am meisten. Aber mehr beschäftigen mich die zugrundeliegenden Geschlechternormen und Mentalitäten.

Wie werden Frauen und Männer und ihre Leistungen im Arbeitsmarkt wahrgenommen? Was erwartet man von ihnen? Welche Bilder von Führung und lebenslanger Leistungsfähigkeit steuern die Anstellung, Arbeitszuteilung, Weiterbildung und Beförderung mit? Auffallend ist vor allem die völlig unterschiedliche Verteilung von Vollzeit- und Teilzeitarbeit. Noch immer arbeitet in den meisten Familien der Mann voll, die Frau in Teilzeit. Das ist der wesentlichste Unterschied.

Wenn Sie auf Ihre 20 Jahre beim Büro für Gleichstellung blicken, hören Sie dann desillusioniert auf?

Natürlich hatte ich meine Illusionen, als ich diese Stelle antrat. Aber ich bin auch Historikerin und weiss, dass strukturelle Veränderungen Zeit und auch politische Steuerung und organisatorische Unterstützung benötigen. So befinden wir uns heute an einem ganz anderen Ort als vor 20 Jahren. Gerade im Baselbiet haben wir beachtliche Fortschritte in der Bildung, bei der Bekämpfung von Gewalt und in der Politik erzielt. Ich denke an die starke Frauenfraktion im Landrat. Auch in den Gemeinden rücken die Frauen vor. Aber ich will es nicht bloss an Zahlen festmachen. So wurde das Thema, wie sich Familie und Beruf vereinbaren lassen, vor 20 Jahren noch ganz anders diskutiert als heute. Heute ist eine grosse Mehrheit der Frauen erwerbstätig.

Wie dick ist die Scheibe, die Sie sich an dieser Entwicklung abschneiden?

Das sind immer Kooperationen. Aber es ist unsere Aufgabe als Kompetenzzentrum im Auftrag der Regierung, zu gleichstellungsrelevanten Geschäften Stellung zu beziehen und auf ihre Auswirkungen auf die typischen Lebenslagen von Männern und Frauen hinzuweisen oder Best-Practice-Beispiele bekannt zu machen. Kurz: Die Scheibe ist so dick, dass ich mich verabschieden kann.

Fünfschilling, Ballmer, Lauber: Sie hatten bürgerliche Chefs. Wüssten Sie sich nie eine SP-Chefin?

Sie sprechen das Vorurteil über uns an, dass wir ein Trupp linker Aktivistinnen seien. Aber in der institutionellen Gleichstellungsarbeit sind die politischen Rahmenbedingungen wie für die ganze Verwaltung gegeben. So haben wir mit allen drei Chefs gut funktioniert. Als Fachstelle sind wir der Gesamregierung unterstellt.

Der Landrat besteht zu 38 Prozent aus Frauen. Haben es Frauenpolitik und Gleichstellungsfragen einfacher, Mehrheiten zu finden?

Für mich sind Gleichstellungsanliegen nicht einfach «Frauenanliegen», was

Sabine Kubli in ihrem Büro in der Fachstelle für Gleichstellungsfragen für Frau und Mann, in welchem sie heute zum letzten Mal sitzt.

Bild: Michael Karrer



immer abwertend gemeint ist. Eine unserer Errungenschaften ist die, dass Männer viele gleichstellungsfördernde Vorstellungen teilen und mittragen. Deshalb ist es mir wichtig, dass ich mit unseren Ideen im gleichen Mass auch Männer anspreche. Die drei genannten Regierungsmitglieder waren ja auch Männer. Aber es ist auch für sie einfacher, Gleichstellungsanliegen im Parlament zu vertreten, wenn dort der Frauenanteil hoch ist, weil so mehr Erfahrungen zu spezifischen Lebenssituationen einfließen können.

Sie haben kürzlich nachgewiesen, dass die Frauen in kantonalen Kommissionen krass untervertreten sind. Wie erklären Sie sich das?

Ja, der Langzeitvergleich zeigt, dass die regierungsrätlichen Kommissionen den Frauenanteil nur von 26 auf 28 Prozent erhöhen konnten. Und dass wir uns in rund 20 Jahren nur um 2 Prozentpunkte verbessert haben. Es zeigte sich einmal mehr, dass Gleichstellungsanliegen halt selten erste Priorität geniessen. Deshalb nahm der Kanton mit einer neuen Verordnung nochmals einen Anlauf. Sie verlangt, dass in einer Kommission beide Geschlechter zu mindestens 30 Prozent vertreten sein sollen. Unter diesen Richtwert sollte kein Anteil fallen, sonst kann eine Minderheiten-Dynamik entstehen, die eigentlich niemand will.

FDP-Landrätin Christine Frey findet, dass man es sich mit Anliegen wie die nach Geschlechtern ausgewogene Besetzung der Kommissionen künstlich erschwert, Gremien klug zu

besetzen. Ärgert Sie es, dass Ihnen eine Frau in die Parade fährt?

Das betrachte ich sachlich und erwarte von Frauen keine grundsätzlich andere Politik als von Männern. Diese ist oft von interesselieferter Nichtwahrnehmung geprägt. Wir stellten fest, dass bei Neubesetzungen keine Ausschreibungen gemacht wurden, zu wenig breit gesucht wurde oder keine Anforderungsprofile bestanden. So verändert sich auch nichts. Unser Monitoring-Bericht zeigt auf, dass eine Diskrepanz besteht zwischen dem aktuellen Bildungs- und Ausbildungsstand der Baselbieterinnen und Baselbieter und der tatsächlichen Vertretung der Geschlechter in diesen Gremien.

Zwischenfrage zum Stichwort FDP: Wie beurteilen Sie die letzten Bundesratswahlen?

Für mich war das ein Déjà-vu. Dieses Szenario haben wir schon mehrfach erlebt. Bürgerliche Frauen haben es nicht einfach, da ihre Parteien die Prioritäten anders setzen und konservative Führungsbilder pflegen. Bei Isabelle Moret fragte man sich, wie sie als alleinerziehende Mutter im Amt der Bundesrätin zu ihren Kindern schaut. Wissen Sie, wie viele Kinder ihre Konkurrenten Cassis und Maudet haben?

Nein.

Es sind die Erwartungen und Geschlechternormen in Parteien und Medien, die auch die Politik mitsteuern. Einen Mann muss man nicht nach seinem familiären Umfeld befragen. Doch die Tessiner Quote gilt als politisch legitim

Zurück ins Baselbiet mit seinem ländlichen oberen Teil und dem urbanen Unterbaselbiet. Stellten Sie Unterschiede in der Mentalität fest?

Natürlich gibt es Gleichstellungsbefürworterinnen und -befürworter in beiden Teilen. Am stärksten spürte ich einen Unterschied bei der Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Im oberen Kantonsteil wird stärker nach persönlichen, individuellen Betreuungsmöglichkeiten gesucht als in der Agglomeration, wo es mehr Einrichtungen gibt.

Das könnte aber auch mit der dichteren Besiedlung zu tun haben. Eine Krippe zu organisieren, ist in Allschwil leichter als in Ammel.

Natürlich. Gut, dass wir endlich ein Rahmengesetz haben, und jede Gemeinde muss das Bedürfnis selber erfassen und entscheiden, was sie umsetzen kann. Aber selbstverständlich gibt es auch in ländlichen Gemeinden Elternpaare, die beide berufstätig sind und keine bereitwilligen Grosseltern in der Nähe haben. Da sind die Gemeinden gefordert.

Wenn man auf die 20 Jahre Gleichstellungsbüro zurückblickt, nahm man vor allem den alljährlichen Gender- oder Zukunftstag an der Schule zur Kenntnis.

Das ist stark vereinfacht. Aber auch positiv, dass da offenbar etwas haften geblieben ist. Und ich bin tatsächlich stolz auf den Gendertag, weil man an ihm erkennen kann, was mit einem starken Bildungsgesetz, das eine geschlechtergerechte Pädagogik verlangt, erreichen kann. Wir konnten alle Betroffenen, etwa Schulen, aber auch die Wirtschaft überzeugen, dass es für alle wichtig ist, dass Mädchen ihren Berufshorizont öffnen können und Buben erwägen, später mal in der Betreuung zu arbeiten. Weshalb soll ein Mädchen nicht Informatikerin werden?

Die Abschlussfrage liegt auf der Hand: Die Existenzberechtigung des Gleichstellungsbüros wird ständig hinterfragt. Sind Sie erleichtert, sich nicht mehr rechtfertigen zu müssen?

Es ist mir recht, nicht mehr über einen Verfassungsauftrag streiten zu müssen. Ich spreche lieber über das «Wie». Wie wird dieser Verfassungsauftrag in die Tat umgesetzt? Wie führen wir die Gesellschaft zum Punkt, an dem wir statistisch nachweisbar ausgeglichene Geschlechterverhältnisse ausweisen können?

Man kann es ja auch positiv sehen. Jede Abschaffungsdebatte verhalf Ihnen zu Publizität.

Stimmt. Aus jedem Schlagabtausch gingen wir gestärkt hervor. Aber die dafür aufgewendete Energie stecke ich noch lieber in konkrete Projekte.